

Mitteilungen aus der Vereinigung

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université**

Band (Jahr): **32 (2006)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Mitteilungen aus der Vereinigung

I. Arbeitstagung des Deutschen Hochschulverbandes, des Österreichischen Universitätsprofessorenverbandes und der Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten am 11. November 2005 zum **Stand des Bolognaprozesses** und Begegnungstagung der drei deutschsprachigen Professorenverbände mit Vertretern der Professorenschaft aus Frankreich, Polen, Spanien, Rumänien, Slowakei, Tschechien mit dem Ziel, die **Realisierungschancen eines europäischen Dachverbandes von Professorenverbänden** zu erörtern, am 12. November 2005. Aus unserer Vereinigung nahmen der Präsident Alexander von Zelewsky und der Redaktor des Bulletins Klaus Wegenast an den Veranstaltungen teil.

Was die Tagung zu Bologna anbetrifft, waren der DHV, der UPV und die VSH/APU nicht in allen Teilen einer Meinung. Gründe dafür sind die besonderen Verhältnisse in Österreich, die eine zu beachtende Freizügigkeit nicht grundsätzlich in Frage stellen lassen, aber für bestimmte Fächer angemessene Ausnahmen nicht ausschliessen wollen. Unbestritten waren folgende Punkte:

- 1) Die Einführung gestufter Studiengänge (Bachelor/Master) hat die unterschiedlichen und gewachsenen Fächerkulturen sowie die nationalen Eigenarten der Wissenschaftssysteme in den europäischen Ländern gebührend zu berücksichtigen. Das schliesst Einheitslösungen von vornherein aus.
- 2) Ein Bachelor-Abschluss an einer wissenschaftlichen Hochschule befähigt zur Aufnahme eines fachlich kompatiblen Master-Studiums. Staatlich vorgegebene Quoten der zur Verfügung stehenden Studienplätze für ein Master-Studium werden abgelehnt. Master-Studiengänge dürfen nicht der Bewirtschaftung des Staates unterliegen.
- 3) Die im Zuge des Bolognaprozesses vielfach geforderte flächendeckende Reglementierung der Promotionsphase, insbesondere durch die Einführung eines Doktorandenstudiums, wird nicht als zum Ziel führend angesehen. Es muss weiterhin möglich sein, die besonderen Gegebenheiten an den einzelnen Fakultäten und Universitäten, insbesondere aber die individuellen Wünsche und Lebenssituationen von Promotionswilligen auf den Einzelfall bezogen zu berücksichtigen. Gerade in der Doktorandenphase sind Vielfalt und Offenheit der Gestaltungsmöglichkeiten nicht nur unverzichtbar, sondern geradezu kennzeichnend für den Charakter wissenschaftlicher Tätigkeit.

4) An dieser Stelle wollte der UPV eine "weichere" Formulierung (s.o.)

5) In intensiven Diskussionen zwischen Staat und Universitäten sind Lösungen für die Sicherung der Studierfähigkeit der StudentInnen in den von ihnen gewählten Fächern für eine Verhinderung zu höher Studienabbrucherquoten, zu langer Studiendauer und ungenügender Betreuungsrelationen anzustreben.

Weitere Diskussionsinhalte waren die in vielen Ländern zu entdeckenden Widersprüche zwischen der Forderung nach einer grösseren Autonomie der Universitäten und gleichzeitig propagierten Vorschriften des Staates, wie sich die Universitäten zu organisieren hätten. An dieser Stelle votierten viele Teilnehmer der Tagung für Entscheidungsbefugnisse der Fakultäten und Institute.

Gegenstände des Gesprächs waren auch der Berufungsmarkt in der EU und die dort auffallenden Hemmnisse. In diesen Fragen steht der Bologna-Prozess noch ganz am Anfang.

Für beide Tagungsteile wurde intensive Weiterarbeit beschlossen.

II. Präsidium der VSH/APU

Die Suche des Vorstandes nach einem **Nachfolger des derzeitigen Präsidenten** ist glücklich beendet. Herr Professor Dr. med. Ernst-Wilhelm Radü, Kantonsspital Basel, Neuroradiologie, ist bereit, das Amt des Präsidenten für die Jahre 2006-2008, das von der Universität Basel besetzt werden muss, zu übernehmen. Wir suchen noch einen weiteren Vertreter der Universität Basel als Beisitzer im Vorstand VSH/APU.

III. Rechnung für das Jahr 2005

Die Zahlen lagen bei der Drucklegung des Hefts noch nicht vor und werden in der nächsten Nummer des Bulletins publiziert.

IV. Unser Bulletin wird im begonnenen Jahr 2006 folgende Themen bearbeiten:

- Heft 1 Lehrerbildung in der Schweiz - wie weiter?
- Heft 2/3 Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz: Probleme - Standortbestimmung - Ideen
- Heft 4 Ein Fach stellt sich vor: Die Physik
- Heft 1/07 Was heisst "Autonomie" der wissenschaftlichen Hochschulen?

V. Werbung neuer Mitglieder

Wie alle Verbände und Vereinigungen hat auch die VSH Schwierigkeiten, ältere und jüngere Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit zu gewinnen. Das ist so, obwohl die politische Landschaft für Bildung und Wissenschaft das intensive Nachdenken und Planen vor allem auch der in der Wissenschaft Engagierten dringend bedarf. Wer, wenn nicht sie können erlauben, was an der Zeit ist und was Not tut, um die universitas litterarum zu erhalten und zu stärken. Was man in den Gazetten von Gedankenspielen der Politiker, der Parteien und Ämter liest und hört, macht zunehmend skeptisch. An dieser Stelle ein top-down-Modell als Rettung für Bildung und Wissenschaft zu propagieren, halten viele Wissenschaftler, angefangen bei den Rektoren bis zum letzten wissenschaftlichen Mitarbeiter für wenig hilfreich. Natürlich sind auch die Senate und Universitätsleitungen, die Bildungspolitiker und Verwaltungsfachleute gefragt, wohin der Weg gehen soll, aber ohne eine engagierte Mitarbeit derer, die täglich mit Forschung und Lehre zu tun haben, sind die Anstrengungen der Behörden und Parteien nicht selten sachfremd.

Wenn jedes Mitglied unserer Vereinigung ein weiteres Mitglied für unsere Arbeit interessieren könnte, würde das unseres Erachtens hilfreich sein für die Neustrukturierung und Optimierung von Hergebrachtem.

Der Sekretär unserer Vereinigung ist gerne bereit, **Werbematerial und Beitrittsformulare** zur Verfügung zu stellen.

VI. Dank gebührt auch in diesem Jahr der **SAGW** für ihre Unterstützung unseres Bulletins und der internationalen Zusammenarbeit.

LehrerInnenbildung in der Schweiz - wie weiter?

Bemerkungen zu einem nach wie vor ungelösten Problem in der vielschichtigen Bildungslandschaft der Schweiz

Klaus Wegenast

1. Historisches aus Schweizer Sicht

Bis in die 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts fuhr die Lehrerbildung in der Schweiz auf durchaus verschiedenen Geleisen. Lehrkräfte für die "Volksschulen" wurden an sog. Lehrerseminaren ausgebildet.

Absolventen der "Sekundarschulen" und auch begabte "Volksschüler" wurden in an den Fächerkanon der Gymnasien erinnernden drei- bzw. vierjährigen Ausbildungsgängen im Klassenverband unterrichtet. Neben den allgemein bildenden Fächern hatten im Lehrkanon Pädagogik, Psychologie und Methodik Platz. Kürzere und längere Schulpraktika in Klassen, die von bewährten Lehrkräften begleitet wurden, besaßen einen festen Platz im Ausbildungsgang. In der Regel erhielten die Absolventen der Seminare im Alter zwischen 20 und 23 Jahren ihr Patent und waren damit wählbar.

Lehrkräfte für die sog. Sekundar- oder Bezirksschulen erhielten z.B. in Bern an dem in der Universität beheimateten "Sekundarlehramt" ihre Ausbildung entweder mit einem geistes- oder einem naturwissenschaftlichen Schwerpunkt, also nicht mehr in "allen" Fächern. Die Fakultäten boten in speziell für Sekundarlehrerkandidaten bestimmten Veranstaltungen eine Art wissenschaftliche Propädeutik an, das "Sekundarlehramt" bestritt die erziehungswissenschaftliche und praktische Ausbildung. In der Regel studierten die Kandidaten für das Sekundarlehramt sechs Semester. Voraussetzung für ein Studium im Sekundarlehramt war die Maturität.

Nur die Gymnasiallehrerkandidaten erhielten eine klassische "Gelehrtenbildung", welche die Universität auch für die anderen Diplomkandidaten vorsieht. In der Regel besuchten sie erst in einem späten Stadium ihres Studiums die für den Lehrerberuf so wichtigen Veranstaltungen erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Zuschnitts und absolvierten Praktika in Gymnasien unter Anleitung erfahrener Lehrkräfte. Gewöhnlich wurden von den Gymnasiallehrerkandidaten zwei, höchstens aber drei Fächer studiert.

Die 90er Jahre im vorigen Jahrhundert brachten nach langwierigen und nicht selten nur schlecht durchschaubaren Diskussionen auf vielen Ebenen eine Totalrevision der Lehrerbildung. Lehrer/Lehrerin konnte von nun an nur noch der Besitzer/die Besitzerin einer Matur werden wollen. Zum einzigen Ort für die Lehrerbildung wurde die Universität erklärt.

Es ist kein Geheimnis, dass diese Totalrevision aus Gründen, die hier nicht aufgereiht werden sollen, schon bald für gescheitert erklärt werden musste. Offensichtlich vermochte es die Universität nicht, Theorie und Praxis der von ihr vertretenen Fachrichtungen so in Verbindung miteinander zu bringen, dass zukünftige Lehrer und Lehrerinnen aller Schularten und -stufen in die Lage versetzt worden wären, einen Unterricht zu gestalten, der die Schüler und Schülerinnen, und die von den Wissenschaften erforschte Wirklichkeit angemessen miteinander in Beziehung gebracht hätte. Es ist hier nicht der Ort, die Gründe hierfür einzeln zu thematisieren, aber doch Gelegenheit, auf mögliche Wege aus der Misere, die anderswo begangen wurden und ins Freie führten, hinzuweisen.